

Zelazny, Christof

Elternwille und Schulerfolg. Eine Untersuchung zu den Übergängen auf weiterführende Schulen

Die Deutsche Schule 88 (1996) 3, S. 298-312



Quellenangabe/ Reference:

Zelazny, Christof: Elternwille und Schulerfolg. Eine Untersuchung zu den Übergängen auf weiterführende Schulen - In: Die Deutsche Schule 88 (1996) 3, S. 298-312 - URN: urn:nbn:de:01111-pedocs-310540 - DOI: 10.25656/01:31054

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:01111-pedocs-310540>

<https://doi.org/10.25656/01:31054>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

88. Jahrgang 1996 / Heft 3

Offensive Pädagogik:

Hans-Georg Herrlitz: Wider das konservative Krisengerede

258

In jüngster Zeit mehren sich 'wissenschaftliche' Publikationen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen, solange eine emanzipatorische Pädagogik bildungspolitische und schulpraktische Verpflichtung bleiben soll.

Andreas Hinz

263

Zieldifferentes Lernen in der Schule

Überlegungen zu einem integrativen Umgang mit Heterogenität

Auf die Tatsache, daß Kinder verschieden sind, unterschiedliche Erwartungen haben, sich unterschiedlich entwickeln und entsprechend unterschiedliche Lernangebote benötigen, kann die Schule unterschiedlich reagieren. Hier wird dafür plädiert, die Vielfalt der Personen nicht als lästiges Problem zu sehen, das durch Homogenisierung (scheinbar) vermindert werden könnte, sondern die Heterogenität als Chance zu nutzen, die es durch entsprechende Lernangebote so zu nutzen gilt, daß eine Kultur der Vielfalt entsteht.

Hans-Werner Johanness

280

Die sechsjährige Grundschule

Pädagogische und bildungspolitische Argumente für ihre Einführung

Die für alle Kinder gemeinsame Schulzeit über die bisher (überwiegend) üblichen vier Jahre hinaus zu verlängern, ist wieder neu in die Diskussion gekommen. Der Vorschlag ist umstritten, weil er den einen zu weit geht, den anderen zu wenig konsequent ist (den einen ist es ein Schritt zur Gesamtschule, andere sehen darin die konsequente Integration eher verhindert). Der Autor ist in dieser Frage entschieden und trägt seine Pro-Argumente vor. (Zu diesem Thema sei auf die entsprechende Rezension am Ende des Heftes verwiesen.)

Elternwille und Schulerfolg

Eine Untersuchung zu den Übergängen auf weiterführende Schulen

Immer wieder wird behauptet, die „Freigabe des Elternwillens“ habe dazu geführt, daß eine (zu) große Anzahl von Kindern von ihren Eltern auf die 'falsche' Schule geschickt wird. – Ein Blick auf die Zahlen – hier des Landes Hessen – läßt einen solchen Zusammenhang nicht erkennen!

Margret Kraul und Rita Wirrer

313

Koedukation gegen Lehrerinnen?

Die Berufschancen von Lehrerinnen an Gymnasien des Landes Rheinland-Pfalz

Nachdem die Autorinnen in Heft 1/93 dieser Zeitschrift bereits die Frage aufgeworfen hatten, ob der Einführung der Koedukation eine pädagogische oder lediglich eine pragmatische Begründung zugrunde gelegen hatte, haben sie nun verfolgt, wie sich nach der Zusammenlegung von Jungen- und Mädchenschulen die Anteile von männlichen und weiblichen Lehrkräften in den Kollegien entwickelt haben: eine detaillierte wie – vermutlich – überraschende Analyse!

Sylvia Buchen

328

Weiblichkeit und 'harte' Naturwissenschaften

Über eine Belastung besonderer Art bei Lehrerinnen

Drei Berichte von Lehrerinnen mit den Fächern Mathematik und Physik werden daraufhin untersucht, ob sich gemeinsame Erfahrungen finden lassen, die mit ihrem Geschlecht und einer spezifischen männlich dominierten Fachkultur in den Naturwissenschaften zusammenhängen.

Marina Kallbach

344

Die „Neuen Amerikanischen Schulen“

Innovationen zwischen Autonomie und Markt?

Das Konzept der Bildungsinitiative „America 2000“ hat Berührungspunkte zu der bei uns geführten Diskussion um die Erneuerung der Schule. Aufschlußreich erscheint vor allem der Versuch, die Zielsetzungen von Kommunen, Regionen, Ländern und der Bundesregierung zu verknüpfen mit den Intentionen der einzelnen Schulen, von Forschungsteams und der Wirtschaft. Wie sich das auf die Gestaltung und die ökonomische Situation der Schulen auswirkt, wird hier untersucht.

Beate West-Leuer

354

Vom Stärke-Symbol zur Ich-Stärke

Konzepte und Ergebnisse eines Programms zur Entwöhnung vom Rauchen

Wer Jugendliche davon abbringen will, zur „Fluppe“ zu greifen, wird sich zunächst klarmachen müssen, welche Bedeutung das Rauchen für die Heranwachsenden hat und welchen Verführungen sie ausgesetzt sind. Wenn man dies verstanden hat, scheint es sinnvoll, ein Entwöhnungsprogramm in einen Zusammenhang mit der Ich-Stärkung und der Gruppen-Verbundenheit zu stellen. An der Durchführung und den Ergebnissen dieses Konzepts können exemplarisch Prinzipien für die Bearbeitung ähnlicher Probleme abgeleitet werden.

Neuerscheinungen:

- Historische Kommission der DGfE (Hg.): Jahrbuch für historische Bildungsforschung (Michael)
- Wolfgang Böttcher und Bernhard Eibeck (Hg.): Vorrang für Bildung (Köpke)

- Elke Nyssen und Bärbel Schön (Hg.): Perspektiven für pädagogisches Handeln (*JöS*)
- Hermann Giesecke: Wozu ist die Schule da? (*Böttcher*)
- Gertrud Beck und Gerold Scholz: Beobachten im Schulalltag (*D.W.*)
- Klaus-Jürgen Tillmann: Schulentwicklung und Lehrerarbeit (*Köpke*)
- Bodo von Borries: Das Geschichtsbewußtsein von Jugendlichen (*Hopf*)
- Wilhelm Heitmeyer u.a.: Gewalt (*B.G.*)
- Wolfgang Ehinger und Claudius Hennig: Praxis der Lehrersupervision (*B.G.*)

Elternwille und Schulerfolg

Eine Untersuchung zu den Übergängen auf weiterführende Schulen

Immer wieder klagen weiterführende Schulen, daß die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die *entgegen der Empfehlung von Grundschule oder Förderstufe auf Realschulen oder Gymnasien* wechseln, dramatisch steige und daß Eltern „beratungsresistent“ wären. Grund für diese Entwicklung sei die sogenannte „Freigabe des Elternrechts“: Hessische Eltern haben seit 1981 im Anschluß an die Förderstufe und seit 1991 am Ende der Grundschule die letzte Entscheidung über den weiteren Bildungsweg ihres Kindes.

Dreiviertel der in dieser Untersuchung befragten Realschulen und mehr als 90% der Gymnasien meinen, daß der Anteil „nicht empfohlener“/„leistungsschwacher“ Schüler in den letzten Jahren gestiegen sei und ihre Arbeit behindere. Diese Einschätzung, die die Schulen trotz Aufforderung nicht durch Einzeluntersuchungen belegen können, wird von den Grund- und Förderstufenschulen in dieser Erhebung nicht geteilt. Hier verneinen 72% einen Anstieg.

Aus arbeitsökonomischen Gründen konnte keine Langzeituntersuchung für „empfohlene“ und „nicht empfohlene“ Gymnasial- und Realschüler bis zum Schulabschluß durchgeführt werden und auch keine Erhebung für ganz Hessen. Vielmehr wurde eine Stichprobe von einem Sechstel der insgesamt 24 hessischen Schulaufsichtsbereiche gezogen, wobei bei der Auswahl darauf geachtet wurde, daß städtische und ländliche Gebiete sowie solche mit und ohne flächendeckender Förderstufe/Gesamtschule vertreten sind. Alle 201 Schulen in den ausgewählten Regionen haben den Fragebogen jeweils für ein oder zwei Jahrgangsstufen (insgesamt 27.206 Schüler) ausgefüllt. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Ist die Stichprobe repräsentativ ?

Zunächst soll geprüft werden, ob die Stichprobe, die Daten aus vier hessischen Regionen (Landkreis Bergstraße, Vogelsbergkreis, Landkreis Kassel und Stadt Offenbach) umfaßt, in etwa den Landesverhältnissen entspricht. Hierzu werden im folgenden – für die beiden untersuchten Schuljahre 1993/94 und 1994/95 – die Übergänge nach der Grundschule in Hessen (HKM 1995, S.29) mit der Stichprobe verglichen.

Tabelle: Prozentanteile der *Übergänge von der Grundschule auf Hauptschule (HS), Realschule (RS), Gymnasium (Gym) und Förderstufe/integrierte Gesamtschule (Fö/IGS) in Hessen (HE) und in der Stichprobe (StP):*

Übergang ...	auf HS		auf RS		auf Gym		auf Fö/IGS	
	HE	StP	HE	StP	HE	StP	HE	StP
1993/94	5	6	12	15	30	28	54	51
1994/95	5	7	12	14	29	28	54	51

Da in Hessen ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler erst nach der Förderstufe, in anderen Bundesländern „Orientierungsstufe“ genannt, die Schulform wechselt, soll auch dieser Übergang betrachtet werden. (HSL 1995, HKM 1996)

Tabelle: Prozentanteile der *Übergänge von der Förderstufe auf HS, RS, Gym (einschließlich Schulzweige der kooperativen Gesamtschule (KGS)) und IGS in Hessen und in der Stichprobe:*

	auf HS		auf RS		auf Gym		auf IGS	
	HE	StP	HE	StP	HE	StP	HE	StP
1993/94	25	27	46	48	22	21	7	4
1994/95	26	29	45	44	23	22	6	5

Die *Stichprobe* erscheint bezüglich der Schülerschaft sowohl für den Übergang nach der Grundschule als auch den nach der Förderstufe *repräsentativ*.

Ist der Anteil „nicht empfohlener“/„leistungsschwacher“ Schüler in den letzten Jahren gestiegen?

Wie schon erwähnt, wird die Frage von den abgebenden Schulen (Grundschulen, Förderstufen) überwiegend verneint und von den aufnehmenden Realschulen und Gymnasien bejaht, ohne daß in einem einzigen Fall ein Nachweis erbracht werden kann. Die von den Schulen angegebenen Daten sehen bezüglich des Anteils „*nichtempfohlener*“ *Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 5* wie folgt aus:

Tabelle: Prozentanteile „*nicht empfohlener*“ Schüler in der *Jahrgangsstufe 5* von RS, Gym und KGS:

	RS	Gym	KGS	
			RS-Zweig	Gym-Zweig
1993/94	28	5	16	21
1994/95	20	6	11	18

Für die kooperativen Gesamtschulen mit Real- und Gymnasialklassen ab der Jahrgangsstufe 5 (letzte Spalten) liegen nur Daten von 3 Schulen aus einem Landkreis vor. Die besondere *regionale Situation*, in der sich noch die Einzelschulen stark voneinander unterscheiden (Schule A hat 7% und Schule B 33% „nicht empfohlene“ Gymnasialsschüler), erlaubt es nicht, diese Zahlen ohne weiteres mit denen von den Realschulen (28% bzw. 20%) und Gymnasien (5% bzw. 6%) oder anderen Untersuchungen zu vergleichen.

Generell zeigt sich aber für die beiden untersuchten Schuljahre, daß *kein Anstieg „nicht empfohlener“ Schüler* festgestellt werden kann. Da der untersuchte Zeitraum aber sehr kurz ist, müßten die Schulen den Bildungsweg ihrer Schülerinnen und Schüler über einige Jahre verfolgen, was nicht geschehen ist, um die Ausgangsfrage präziser zu beantworten. Eine nachträgliche Rekonstruktion der Schullaufbahnen vom Bildungsabschluß zurück bis zur Einschulung konnte wegen des immensen Arbeitsaufwandes den Schulen nicht zugemutet werden. Daher wird nachfolgend versucht, aus anderen Landesstatistiken (HKM 1995, S.29) zu schließen, ob sich durch die „Freigabe des Elternrechts“ die Übergänge zum Gymnasium und zur Realschule verändert haben.

Tabelle: Prozentanteile der *Schüler der Jahrgangsstufe 5* in RS, Gym und Fö/IGS 1985-1995 in Hessen:

Jahr	Realschule	Gymnasium	Förderstufe/IGS
1985	10	18	62
1986	8	13	73
1987	9	22	62
1988	12	30	53
1989	11	28	56
1990	11	29	56
1991	12	30	54
1992	12	31	53
1993	12	30	54
1994	12	29	55
1995	12	29	52

Die Entwicklung der Förderstufe, deren geplante flächendeckende Einführung 1987 durch den kurz vorher erfolgten Regierungswechsel rückgängig gemacht wurde, wird durch die letzte Spalte sichtbar, d.h. ein Anstieg bis 1986 und eine Stabilisierung ab 1988. Daraus resultieren auch die Realschul- und Gymnasialwerte bis 1987, wobei anschließend in allen Bereichen wenig Schwankungen zu erkennen sind. Zu beachten ist, daß – aufgrund z.T. gerichtlich angeordneter Übergangsregelungen (Avenarius/Jeand'Heur 1992) – 1987 und 1988 sowie ab 1991 die „Freigabe des Elternrechts“ gilt. Ein *Einfluß auf das Übergangsverhalten* ist aber *nicht erkennbar*. Vielmehr sinken die Gymnasialwerte ab 1992, obwohl nach der Stärkung des Elternwillens eher mit einem Andrang aufs Gymnasium zu rechnen gewesen wäre.

Da in einigen ländlichen Regionen Hessens wegen der geringen Schülerzahlen sinnvollerweise nur ein Förderstufenangebot vorhanden ist und dort die Eltern die tradierten Schulformen erst danach wählen, muß neben der Jahrgangsstufe 5 auch die *Jahrgangsstufe 7* (HKM 1995, S.33 ohne Sonderschulen) untersucht werden.

Tabelle: Prozentanteile der Schüler der Jahrgangsstufe 7 in HS, RS, Gym und IGS 1985-1995 in Hessen:

Jahr	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	IGS
1985	21	29	31	14
1986	20	29	32	14
1987	19	29	34	14
1988	18	29	35	15
1989	17	29	36	14
1990	17	29	36	14
1991	17	29	35	15
1992	17	29	35	16
1993	16	29	35	16
1994	16	30	35	16
1995	16	29	35	17

In den Jahren 1989 und 1990 sowie ab 1993 sitzen in der Klasse 7 der Realschule und des Gymnasiums Schüler, die aufgrund der „Freigabe des Elternrechts“ zwei Jahre vorher dorthin gelangt sind. Die Anteile für diese Schulformen unterscheiden sich in der Regel nicht von denen der Jahre 1991 und 1992 oder 1988. Ein *Einfluß der „Freigabe des Elternrechts“ auf den Besuch von Realschule und Gymnasium* ist auf Landesebene somit im untersuchten Zeitraum *nicht feststellbar*, die Werte steigen nicht an.

Ein anderes Beispiel zeigt, daß eine Liberalisierung der Übergangsregelung sogar zu einem *Rückgang des Gymnasialbesuchs* führen kann. 1954 wurde in Hessen der Übergang in die weiterführenden Schulen insofern erleichtert, da nun auch „nicht geeignete“ Schülerinnen und Schüler am Probeunterricht teilnehmen konnten. Die Folge war nicht, wie zu erwarten war, ein Anstieg des Gymnasialanteils, sondern dieser sank sogar von 18,3% in 1955 auf 16,7% in 1960 (HKM 1995, S. 33).

Auch beim *Vergleich mit anderen Bundesländern* läßt sich feststellen: „Unabhängig von den Übergangsregelungen der Länder und deren politischen Intentionen hat sich bundesweit ein nahezu gleiches Übergangsverhalten zum Gymnasium eingestellt.“ (Weishaupt/Zedler 1994, S. 403)

Hinzuweisen ist darauf, daß es die „*Freigabe des Elternrechts*“ derzeit in folgenden Ländern gibt: *Berlin* (seit 1952 in Westberlin), *Brandenburg*, *Bremen* (seit 1978), *Hamburg* (seit 1979), *Hessen*, *Mecklenburg-Vorpommern*, *Niedersachsen* (seit 1979), *Rheinland-Pfalz*, *Saarland*, *Sachsen-Anhalt* und *Schleswig-Holstein* (seit 1971). Auch in Nordrhein-Westfalen wird vorgeschlagen: „Über die Wahl des Bildungsgangs bzw. der Schulform nach Abschluß der Grundschulzeit sollen die Eltern entscheiden.“ (Bildungskommission NRW 1995, S. 240)

Ist der Anteil „nicht empfohlener“ Schüler zu hoch?

Um die in unserer Untersuchung gefundenen Daten für „*nicht empfohlene*“ Schüler zu bewerten, sollen sie mit denen in anderen Untersuchungen verglichen werden.

Für die Jahrgangsstufe 5 der Realschule werden aus Schleswig-Holstein 27% „nicht empfohlene“ Schüler genannt, also etwa eine ähnliche Zahl wie in unserer Untersuchung (1993-95 = 24%). Im Gymnasium sind es dort aber sehr viel mehr als bei uns (= 5,5%) nämlich ebenfalls 27% (SHKM 1996). Die anderen Länder mit „Freigabe des Elternrechts“ nach der Grundschule (Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt) erheben keine entsprechenden Daten.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl von 6% „nicht empfohlene“ *Gymnasialschüler in Hessen* von 1994 exakt der von 1961 entspricht, obwohl heute anteilmäßig doppelt so viele Gymnasiasten in den Schulen sind. Damals hatte kurz vorher die Kultusministerkonferenz beschlossen, daß nur die Schülerinnen und Schüler an einem „Probeunterricht“ teilnehmen müssen, die von der Grundschule als „bedingt geeignet“ bezeichnet wurden. Den Probeunterricht 1961 bestanden 57% (Realschule = 54%), so daß vor mehr als 30 Jahren anteilmäßig genauso viele Schülerinnen und Schüler wie heute gegen das Votum von Grundschullehrkräften in der Klasse 5 hessischer Gymnasien saßen (Müller 1964, S.35).

Diese Zahlen über das *Bestehen des Probeunterrichts*, der früher auf einem strengeren Übergangsverfahren aufbaute, sind nicht ungewöhnlich. Zwar gibt es keine fortlaufenden Daten für Hessen, doch Ergebnisse aus anderen Bundesländern liegen noch höher, wobei sie sich aber innerhalb einer kurzen Zeit ändern können.

In Bayern bestanden zum Beispiel im Schuljahr 1983/84 60% der Teilnehmer den Probeunterricht für das Gymnasium (Realschule = 55%). Ein Jahr später waren es nur 11% (Realschule = 34%) (Rösner 1985, S.427). Es ist zu vermuten, daß durch schulaufsichtliche Vorgaben die Werte gesenkt wurden. Anzumerken ist auch, daß wohl 50 von 100 *Kindern von Akademikern*, aber weniger als 5 von 100 *Arbeiterkindern* den Probeunterricht bestehen (Rösner 1985, S. 429).

Der Anteil „nicht empfohlener“ *Förderstufenschüler in der Jahrgangsstufe 7* unserer Stichprobe kann wegen der geringen Zahl von befragten Schulen nur eingeschränkt interpretiert werden. Im Realschulbereich wurden 25% und im gymnasialen Bildungsgang 17% „nicht empfohlene“ Schülerinnen und Schüler, die vorher eine Förderstufe besucht hatten, gemessen.

In anderen Bundesländern sind die Werte in der Regel höher. Für *Berlin* werden für 1994/95 in der Realschule 17% und im Gymnasium 26% (Be-Schu 1996) und für *Brandenburg* 32% (RS) bzw. 12% (Gym) „nicht empfohlene“ Grundschüler angegeben (BBKM 1996). Die Daten von *Niedersachsen* für das Schuljahr 1995/96 lauten: Realschule = 27%, Gymnasium = 20% (NIKM 1996). Warum in Hessen im Vergleich zu den genannten Ländern in der Regel weniger Schülerinnen und Schüler gegen die Empfehlung der abgebenden Schule einen mittleren oder gymnasialen Bildungsgang einschlagen, kann nur durch detailliertere Landesdaten geklärt werden. Dabei müßte auch untersucht werden, wie erfolgreich die Elternberatung ist.

In dieser Untersuchung konnten die Kriterien, die die Grundschul- und Förderstufen-Lehrerinnen und -Lehrer bei ihrer Schullaufbahnempfehlung zugrundelegen (Sommer 1982, Jendrowiak 1990), nicht analysiert werden.

Auch war es nicht möglich, eine Differenzierung der Schülerschaft nach Geschlecht, sozialer Herkunft, Nationalität, regionalem Bezug etc. vorzunehmen (Weishaupt 1983, Rodax 1989, Krause 1990, Böttcher 1991, Heller 1992, Ditton 1992, 1993, Böttcher/Klemm 1995, Weishaupt 1996). Daher kann z. B. nicht festgestellt werden, ob der Anteil der „nicht empfohlenen“ Mädchen in Hessen in Realschulen und Gymnasien geringer ist als der der Jungen wie in Schleswig-Holstein (SHKM 1996) oder gleich groß wie in Hamburg (Roeder/Schmitz 1995). Ebenso ist unklar, ob die Beobachtung aus Berlin übertragbar ist, daß *türkische Arbeiterkinder* aus Kreuzberg mit der Note 3 zu 93% auf die Hauptschule und deutsche Nichtarbeiterkinder aus Charlottenburg mit dem gleichen Notendurchschnitt zu 73% auf das Gymnasium übergehen (Stallmann 1990, S. 253). Auf das Spannungsverhältnis zwischen Elternwunsch (1993 wünschen 46% der Grundschulleitern das Abitur und 44% die mittlere Reife für ihr Kind (Rolff 1994, S. 18)) und Empfehlung der Lehrkräfte, einen bestimmten Bildungsgang einzuschlagen, kann ebenfalls nicht eingegangen werden.

Die aktuellen Vergleichszahlen über den Anteil „nicht empfohlener“ Schülerinnen und Schüler in den Jahrgangsstufen 5 und 7 von Realschule und Gymnasium aus anderen Bundesländern zeigen, daß die hessischen Werte in der Regel niedriger sind. In der durchschnittlichen Klasse 5 des hessischen Gymnasiums mit maximal 33 Schülern befinden sich demnach höchstens zwei „nicht empfohlene“.

Kann der Anteil „nicht empfohlener“ Real- und Gymnasialschüler durch Elternberatung in Grundschule/Förderstufe vermindert werden?

Gefragt wurde in der Untersuchung nach der Häufigkeit von Elternberatung vor der Wahlentscheidung, der „erneuten“ Beratung nach Widerspruch der Klassenkonferenz und danach, wieviel Eltern sich aufgrund der Beratung für eine andere Schulform entschieden und dem Votum der abgebenden Schule doch noch folgten. Die Ergebnisse sehen wie folgt aus:

Tabelle: Prozentanteile der Elternberatungen und Änderungen der Wahlentscheidungen in Grundschule(GrS) und Förderstufe(Fö):

Elternberatung			Änderung der Wahlentscheidung		
	vor Wahl- entscheidung	nach Widerspruch (2. Beratung)	von Eltern mit „erneuter“ (2.)Beratung	bezogen auf die ursprüngliche Wahl RS	Wahl Gym
1993/94:					
GrS	68	47	35	17	16
Fö	65	45	50	22	27
1994/95:					
GrS	69	49	36	19	15
Fö	64	39	62	23	27

Erstaunlich ist, daß zwei Drittel der Eltern das Beratungsangebot von Grundschule und Förderstufe vor der Schulformwahl wahrnehmen und daß fast die Hälfte der Eltern „nicht empfohlener“ Schüler sich „erneut“ (in der

Regel zum zweiten Mal) beraten läßt. Die letztgenannte Beratung ist insofern sehr erfolgreich, als in der *Grundschule ein Drittel der Eltern und in der Förderstufe mehr als 50% ihre Wahlentscheidung nach erneuter Beratung ändern* und ihr Kind auf die „niedrigere“ Schulform schicken. Ohne die intensive Elternberatung der abgebenden Schulen wäre der Anteil von Schülern ohne Empfehlung für Realschule oder Gymnasium sehr viel größer (siehe letzte Spalten). Beim Übergang von der Grundschule zum Gymnasium wären es fast ein Sechstel und von der Förderstufe über ein Viertel „nicht empfohlene“ Schüler mehr. Der Realschulübergang dieser Schülergruppe würde sich um etwa ein Fünftel erhöhen.

Die hier nicht aufgeführten *regionalen Daten* weisen auf *erhebliche Unterschiede* hin. So ist der Anteil „nicht empfohlener“ Schüler der Jahrgangsstufe 5 im Gymnasium und der Realschule in einem Landkreis doppelt so hoch wie in einem anderen. Ähnliche Beobachtungen werden aus Schleswig-Holstein gemeldet (SHKM 1996). Als Ursache kann vermutet werden, daß auch die Beratungsintensität regional unterschiedlich ist. Quantitative Unterschiede lassen sich in unserer Untersuchung auf Kreisebene nicht feststellen, so daß wohl qualitative Gesichtspunkte eine Rolle spielen (Böttcher/Bremerich-Vos 1987, Grewe 1990)

Zu empfehlen ist, daß Grundschulen und Förderstufen, die über eine hohe Zahl von „beratungsresistenten“ Eltern klagen, den Erfahrungsaustausch mit anderen Schulen – auch in Nachbarkeisen – suchen. Dabei wäre zu prüfen, ob ggf. das Beratungskonzept verbessert werden kann. Doch auch in Zukunft wird es wahrscheinlich nicht möglich sein, die Differenzen vollkommen auszugleichen, denn es zeigt sich, „daß die regionalen Unterschiede im Gymnasialbesuch innerhalb eines Landes weitaus größer sind als die Differenz zwischen den Ländern der Bundesrepublik.“ (KMK 1995, S. 30)

Wie oft bleiben „nicht empfohlene“ Schüler in den Anfangsklassen sitzen?

Die vielfach gehörte Behauptung, daß die meisten „nicht empfohlenen“ Schüler in fast allen Fächern auf „fünf“ stehen und erst nach zweimaligem Sitzenbleiben die Realschule oder das Gymnasium verlassen, kann durch diese Untersuchung nicht verifiziert werden. In der folgenden Tabelle werden die Sitzenbleiber (siehe Biermann 1976 und Einsiedler/Glumppler 1989), die keine entsprechende Schullaufbahneempfehlung hatten, mit denen verglichen, die für die Realschule oder das Gymnasium „empfohlen“ worden waren.

Tabelle: Prozentanteile der nicht versetzten „empfohlenen“ (e) und „nicht empfohlenen“ (ne) Schüler in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 in RS und Gymnasium:

	Jahrgangsstufe 5	RS Jahrgangsstufe 6	Jahrgangsstufe 7	Jahrgangsstufe 5	Gym Jahrgangsstufe 6	Jahrgangsstufe 7
1993/94:						
e	0,9	–	–	0,9	–	–
ne	6,0	–	–	7,7	–	–
1994/95:						
e	0,9	1,8	5,0	1,8	1,8	1,9
ne	6,6	11,7	37,5	13,3	13,0	14,8

Prozentual bleiben sehr viel mehr „nicht empfohlene“ als „empfohlene“ Schüler sitzen. In absoluten Zahlen wurden im untersuchten Zeitraum im Realschulbereich 129 von 870 (Gymnasium: 39 von 327) „nicht empfohlene“ sowie 60 (Gymnasium = 67) „empfohlene“ Schüler nicht versetzt. Ein Vergleich mit Landesdaten ist direkt nicht möglich, da einerseits eine Differenzierung nach „empfohlen“ und „nicht empfohlen“ nicht vorgenommen wird und andererseits seit 1990 bundesweit nur noch die Zahl der „Wiederholer“ erfragt wird. Dennoch scheinen die Werte insofern brauchbar, da der Anteil von Wiederholern in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 der Stichprobe in etwa den Ergebnissen von Hessen entspricht und zu vermuten ist, daß dieses auch für die Sitzenbleiberquote gilt.

Untersucht man einzelne Jahrgänge, so wurden 84% der „nicht empfohlenen“ Real- und 82% der Gymnasialschüler, die 1993 in die Klasse 5 eintraten, in die Klasse 7 versetzt. Von den „nicht empfohlenen“ Förderstufenschülern schafften 63% im Real- und 83% im Gymnasialbereich die Versetzung in die Jahrgangsstufe 8. Ein Vergleich mit einer von mir durchgeführten nicht veröffentlichten Untersuchung (siehe Rösner 1985, S. 429f), bei der 44% der „nicht empfohlenen“ Real- und 56% der Gymnasialschüler im Anschluß an die Förderstufe 1981/82 ohne Zeitverzögerung in die Klassen 8 aufstiegen, zeigt, daß die Ergebnisse nun günstiger sind. Sie übertreffen sogar die Werte von Berlin (Realschule = 64%, Gymnasium = 76%) und Niedersachsen (Realschule = 58%, Gymnasium = 70%) von Anfang der 80er Jahre. (Rösner 1985, Jürgens 1989)

Für die *Wiederholerquoten* des Gymnasiums zeigen sich landesweit (HKM 1991 – 1996) folgende Entwicklungen in der Sekundarstufe I. Für die Realschule liegen hierzu nur zusammengefaßte Daten der Jahrgangsstufen 5-10 vor.

Tabelle: Prozentanteile der *Wiederholer in den Jahrgangsstufen 5-10 des Gymnasiums* (und RS) in Hessen 1990 bis 1995:

	5	6	7	8	9	10	5-10	RS 5-10
1990	0,8	2,2	3,9	3,4	3,0	2,8	2,8	4,0
1991	0,6	1,6	3,9	3,6	2,8	2,4	2,6	4,1
1992	1,3	2,1	3,7	3,8	3,2	2,8	2,9	4,0
1993	1,6	2,4	3,7	3,7	3,4	2,9	3,0	4,4
1994	1,7	2,3	3,6	3,2	3,1	2,9	2,8	4,7
1995	1,7	2,5	3,7	3,3	2,8	2,6	2,8	4,5

Der Anstieg 1992 in der Jahrgangsstufe 5 könnte theoretisch aus der „Freigabe des Elternrechts“ ein Jahr vorher resultieren, doch erstaunlich ist der Zuwachs in diesem Jahr in den Jahrgangsstufen 6, 8, 9 und 10. Für diese Schüler hat sich bezüglich Übergangsregelung nichts geändert, so daß – bei der Annahme, daß Wiederholer- und Sitzenbleiberraten korrelieren – kein äußerer Anlaß für eine höhere Selektion in diesen Jahrgangsstufen bestand. Die Erhöhung der Werte, die ab 1994 in der Regel stabil bleiben oder sinken, könnte als „natürliche Schwankung“ interpretiert werden. Warum ge-

schiebt das aber in fast allen Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I gleichzeitig? Hier müssen wohl *Lehrereinstellungen* mitberücksichtigt werden, d.h. bei vielen könnte gerade zu diesem Zeitpunkt die Vorstellung gewachsen sein, daß im Gymnasium zu viele „nicht geeignete“/„leistungsschwache“ Schüler sitzen. Da in der Diskussion dieser Zeit über die „Freigabe des Elternrechts“ sowohl von den Landtagsfraktionen der Opposition als auch von einzelnen Lehrerverbänden solche Argumente vorgebracht wurden, könnte dies zur *Erhöhung der Wiederholerquote gleichzeitig in allen Klassenstufen* beigetragen haben. Interessant ist, daß die Werte nach kurzer Zeit wieder zurückgehen, obwohl die Schulen, wie oben ausgeführt, weiterhin über einen hohen Anteil dieser Schüler klagen.

Insgesamt sind viele „nicht empfohlene“ Schülerinnen und Schüler, die nach intensiver Elternberatung der abgebenden Schule auf Realschulen oder Gymnasien übergehen, in den Anfangsklassen *erfolgreich*. Die nicht-erfolgreichen warten in der Regel nicht ab, bis sie die Schulform verlassen müssen, sondern gehen, wie im folgenden dargestellt wird, vorher von der Realschule zur Hauptschule oder dem Gymnasium zur Realschule über.

Wie viele „nicht empfohlenen“ Real- und Gymnasialschüler wechseln die Schulform?

Nach der Nichtversetzung verlassen von den betroffenen Schülerinnen und Schülern 43 % der „empfohlenen“ und 49 % der „nicht empfohlenen“ die Schule bzw. den Schulzweig. Die anderen wiederholen die jeweilige Jahrgangsstufe. Ein kleiner Teil wechselt auf Schulen der gleichen Schulform (von der Realschule zur Realschule, vom Gymnasium zum Gymnasium), während die meisten anschließend die „niedrigere“ Schulform besuchen. Aber schon vor dem Sitzenbleiben erfolgt eine Änderung der Schullaufbahn, wie folgende Tabelle zeigt:

Tabelle: Prozentanteile der *Abgänger* von der Realschule zur Hauptschule bzw. vom Gymnasium zur Realschule innerhalb und am Ende einer Jahrgangsstufe:

	in 5	Ende 5	in 6	Ende 6	in 7	Ende 7
RSHS e ne	0,4 4,3	0,1 3,4	1,1 3,6	0,9 3,1	0,8 17,0	2,6 18,5
GymRS e ne	1,0 4,4	0,5 5,9	0,8 7,5	0,8 6,0	0,8 5,6	1,9 9,3

Wie zu erwarten war, *verlassen anteilmäßig mehr „nicht empfohlene“ als „empfohlene“ Schüler die Realschule oder das Gymnasium*. Insgesamt sind es 160 (= 13,5 %) gegenüber 116 (= 1,6 %) „empfohlenen“. Es erstaunt, daß viele Schülerinnen und Schüler trotz Grundschul- oder Förderstufenempfehlung von einer der beiden weiterführenden Schulformen abgehen und fast ebenso viele diesen Schritt im Laufe des Schuljahres (innerhalb der Jahrgangsstufen 5, 6 oder 7) vollziehen. Dieses hängt wohl mit intensiver Elternarbeit in den Anfangsklassen von Realschule und Gymnasium zusammen, d.h. viele Eltern warten nicht ab, bis ein Schulformwechsel des Kindes erfolgen muß, sondern übernehmen den Rat der Lehrkräfte. Vielleicht ist

dieses die Erklärung dafür, daß im Gegensatz zu Hamburg (Roeder/Schmitz 1995), wo insgesamt eine größere „Wechslerquote“ registriert wird, bei uns der Abgang aus den unteren Klassenstufen des Gymnasiums nicht überwiegend am Ende des Schuljahres erfolgt.

Die „Aufsteiger“ spielen, wie zu erwarten war, keine Rolle. Lediglich 7 Schüler wechselten in den Jahrgangsstufen 5 bis 7 von der Hauptschule zur Realschule und 5 von der Realschule zum Gymnasium, wobei sie von der Grundschule fast ausschließlich eine niedrigere Schullaufbahnpflicht bekommen hatten.

Da in dieser Erhebung nur die Anfangsklassen von Realschule und Gymnasium (einschließlich der entsprechenden Schulzweige der kooperativen Gesamtschulen) betrachtet wurden, können Aussagen über einen *längerfristigen „Schulerfolg“* von „empfohlenen“ und „nicht empfohlenen“ Schülern nur mit Verweis auf andere Untersuchungen vorgenommen werden.

In *Niedersachsen* wurden die Schüler, die 1979-1981 die obligatorische Orientierungsstufe verlassen hatten, dann als „erfolgreich“ bezeichnet, wenn sie ohne Sitzenbleiben und Abgang nach vier Jahren in der Realschule den mittleren Abschluß erworben hatten und im Gymnasium in die Jahrgangsstufe 11 versetzt worden waren. Danach waren sowohl in der Realschule als auch dem Gymnasium 74% der „empfohlenen“ und 28% der „nicht empfohlenen“ Schülerinnen und Schüler (NiKM 1989, Jürgens 1989) erfolgreich. Für die Absolventen der Orientierungsstufe des Jahres 1986 sind die Werte sogar noch etwas günstiger (NiKM 1993).

In *Bremen* waren von den „nicht empfohlenen“ Schülern, die 1982 die obligatorische Orientierungsstufe verließen, 32% in der Realschule und 28% im Gymnasium „erfolgreich“, d.h. sie wurden ohne Zeitverzögerung in die Klasse 10 versetzt. Diese Daten lassen sich wie folgt interpretieren: „Die hohe Zahl erfolgreicher Nichtempfohlener legitimiert die Freigabe des Elternrechts.“ (Kemnade 1989, S. 418)

Eine Untersuchung aller *bayerischen Schüler* der Klasse 10 kommt zu dem Ergebnis, daß nicht nur der Schulbesuch des Gymnasiums, sondern auch der Abgang schichtenspezifisch determiniert ist. Das vorzeitige Verlassen dieser Schulform liegt bei Arbeiterkindern 4mal höher als bei Kindern höherer Angestellte oder Beamte. (Bofinger 1990, S. 57) Die letztere Gruppe kann das ursprünglich angestrebte Ziel auch häufiger „auf Umwegen“ nach zwischenzeitlichem Besuch von Real- oder Wirtschaftsschule erreichen.

Bezogen auf Zeugniszensuren lassen sich keine Unterschiede zwischen den „Wiederholern“ im und den „Abgängern“ aus dem Gymnasium feststellen, woraus die These abgeleitet wird, „daß Schulformwechsel und Klassenwiederholung in vielen Fällen äquivalente Reaktionen auf eine im Hinblick auf die Schulleistungen gleiche Problemlage sind.“ (Roeder/Schmitz 1995, S. 109) Beide Arten von Schullaufbahnkorrekturen werden in der Regel dann erfolgreich sein, wenn Eltern den Rat der Lehrerinnen und Lehrer „annehmen“ (Fölsch 1990). Dieses setzt ein Vertrauensverhältnis voraus, das in den Anfangsklassen von Realschule und Gymnasium um so eher aufgebaut werden kann, je stärker die Zusammenarbeit mit den abgebenden

Schulen ist. Am Schluß des Erhebungsbogens wurde daher die folgende Frage gestellt:

Welche Kooperationsformen zwischen Grundschule/Förderstufe und Realschule bzw. Gymnasium erscheinen praktikabel?

Von den 137 Grundschulen, 22 Förderstufen, 17 Realschulen, 14 Gymnasien und 11 kooperativen Gesamtschulen wurde diese Frage – bei Vorgabe der Statements – wie folgt beantwortet:

Tabelle: Praktikable *Kooperationsformen* zwischen Grundschule/Förderstufe und Realschule bzw. Gymnasium (Zahl der Nennungen):

	GrS	Fö	RS	Gym	KGS
gegenseitiger Besuch von Eltern/ Schülern/Lehrern zu Tagen der offenen Tür, Festen etc.	104	13	6	7	9
gemeinsame Schulleiterdienst- besprechungen	94	13	11	8	6
gemeinsame Lehrerkonferenzen	81	14	13	9	7
gemeinsame Teilnahme von Lehr- kräften an pädagogischen Tagen	83	13	6	4	9
gegenseitige Unterrichtshospitationen	74	6	10	8	9
gemeinsame Lehrerfortbildung	57	14	8	5	5
gemeinsame Schüler- Arbeitsgemeinschaften / Projekte	28	5	4	2	5

Einige Schulen wiesen im Fragebogen von sich aus auf gute Erfahrungen mit diesen Kooperationsformen hin und ergänzten: gegenseitige Abordnungen, Absprache über Schulbücher, wechselseitige Unterrichtsbesuche von Schülern. Die aufnehmenden Schulen sehen in der Regel die Priorität bei der Kooperation der Lehrkräfte (Lehrerkonferenzen, gegenseitige Unterrichtshospitationen), während die abgebenden darüber hinaus oft die Eltern, Schüler und Schulleitungen in ihre Überlegungen einbeziehen. Insgesamt gibt es eine Vielzahl von Verbindungen zwischen den Schulformen, die teilweise – unterstützt durch die regionale Schulaufsicht und das Hessische Landesinstitut für Pädagogik (HeLP) – verstärkt werden müssen. Dieses würde auch der *Elterneinstellung* in den alten Bundesländern entgegenkommen, denn 1993 meinen 65%, daß der Übergang von einer Schulart zur anderen erleichtert werden soll, und 73% fordern eine stärkere Zusammenarbeit der Schulformen. In den neuen Ländern sprechen sich mit 72% bzw. 82% sogar noch mehr dafür aus (Rolff 1994, S. 53).

Bevor Folgerungen aus allen Untersuchungsergebnissen gezogen werden, sollen sie im folgenden kurz zusammengefaßt werden.

Zusammenfassung

(1.) Ein Anstieg der Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die entgegen dem Votum von Grundschule/Förderstufe auf die Realschule oder das Gym-

nasium (bzw. entsprechende Zweige von kooperativen Gesamtschulen) gehen, kann nicht festgestellt werden. Der Anteil „nicht empfohlener“ Schüler scheint im Vergleich zu anderen Bundesländern in Hessen gering.

(2.) Durch Elternberatungen von Grundschulen und Förderstufen wird der Anteil „nicht empfohlener“ Real- und Gymnasialschüler deutlich vermindert. Insgesamt nehmen viele Eltern an der Beratung der abgebenden Schule teil und lassen sich offenbar „beeinflussen“.

(3.) Die meisten „nicht empfohlenen“ Schülerinnen und Schüler der Grundschule (mehr als 80 %) gelangen in den weiterführenden Schulen ohne Sitzenbleiben in die Jahrgangsstufe 7. Auch von den „nicht empfohlenen“ Förderstufenschülern werden sehr viele in die Jahrgangsstufe 8 versetzt. Im Vergleich mit anderen Untersuchungen sind hessische Schüler erfolgreich.

(4.) Mehr „nicht empfohlene“ als „empfohlene“ Schülerinnen und Schüler wechseln von der Realschule zur Hauptschule oder vom Gymnasium zur Realschule. Dabei wird dieser Abgang vielfach – nach Beratung der Eltern durch die aufnehmende Schule – im Laufe des Schuljahres vollzogen. Der Schulformwechsel ist in Hessen im Vergleich zu Hamburg niedrig.

(5.) Sowohl von Grundschulen und Förderstufen als auch von Realschulen, Gymnasien und kooperativen Gesamtschulen werden eine Vielzahl von praktikablen Kooperationsformen benannt, wie z.B.

- gegenseitiger Besuch von Eltern/Schülern/Lehrkräften zu Tagen der offenen Tür, Festen, Ausstellungen, Veranstaltungen;
- gemeinsame Schulleiterdienstbesprechungen;
- gemeinsame Konferenzen von Lehrkräften;
- gemeinsame Teilnahme von Lehrkräften an pädagogischen Tagen;
- gegenseitige Hospitation von Lehrkräften im Unterricht;
- gemeinsame Lehrerfortbildung.

Folgerungen

Welche Folgerungen ergeben sich aus der Untersuchung, in der für die Schuljahre 1993/94 und 1994/95 der Bildungsgang von Schülerinnen und Schülern von einer oder zwei Jahrgangsstufe(n) in 201 Schulen (insgesamt 27.206 Schüler) betrachtet wurden?

(1.) Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse erscheint eine *Änderung der hessischen Übergangsregelung derzeit nicht notwendig*. Sie hat sich bewährt und sollte nicht korrigiert werden. Gleichwohl wäre ein Austausch der Erfahrungen zwischen den 11 Ländern, in denen der Elternwille freigegeben ist, sinnvoll.

(2.) Eine *Änderung der hessischen Versetzungsordnung* dergestalt, daß „nicht empfohlene“ Schüler, die am Ende des Schuljahres nicht versetzt sind, die Realschule oder das Gymnasium verlassen müssen, wird aus folgenden Gründen nicht befürwortet:

- Eine Nichtversetzung von der *Jahrgangsstufe 5* nach 6 ist nur möglich, „wenn die Übernahme in die Klasse 6 den Schüler in seinem geistigen Wachstum so sehr beeinträchtigen würde, daß mit einem dauernden Versagen auf der weiterführenden Schule zu rechnen ist.“ (ABl. HKM 1966, S. 509) Seit 1966 besteht die Verpflichtung, diese beiden Jahrgangsstufen als „pädagogische Einheit“ zu betrachten und mittlerweile ist dieses auch im Hessischen Schulgesetz verankert. Diese Tradition sollte nicht ohne Grund aufgegeben werden. Bemerkenswert ist, daß der Deutsche Philologenverband schon 1964 sehr viel weiter ging, als er den Beschluß faßte, zwischen den Jahrgangsstufen 5 und 6 soll keine Versetzung stattfinden. (Ulshöfer 1967, S. 62)
- Wenn „nicht empfohlene“ Schüler erst am Ende der *Jahrgangsstufe 6* der Realschule oder des Gymnasiums sitzenbleiben und daraufhin einen Schulformwechsel vornehmen müßten, ergäbe das einen Unterschied zu denen in der Förderstufe, wo es keine Nichtversetzung gibt. In Regionen mit flächendeckender Förderstufe würden die Schüler somit anders behandelt als in Nachbarkreisen. Da in Hessen unterschiedliche Schulstrukturen existieren, wäre eine solche ungleiche Behandlung schwer zu vermitteln.
- Bei Anwendung der o.g. Regelung für „nicht empfohlene“ Förderstufenschüler – analog wie in Niedersachsen, wo aber die Orientierungsstufe flächendeckend verbreitet ist, käme es zu folgenden Problemen: In einer *Gymnasial- oder Realschulklasse 7* befinden sich z.B. zwei Schüler mit gleichem Zeugnis und werden nicht versetzt. Der eine muß die Schulform verlassen und der andere wiederholt die Jahrgangsstufe oder kann eventuell durch Nachprüfung in die Klasse 8 gelangen. Bei deutlichen Leistungsunterschieden zwischen „empfohlenen“ und „nicht empfohlenen“ Sitzenbleibern, etwa wenn der „empfohlene“ Schüler sehr viel schlechtere Noten hat, tauchen noch größere Bedenken auf.
- Für die *Jahrgangsstufen 8* und folgende könnte eine Sonderregelung für Schüler, die einige Jahre vorher eine abweichende Schullaufbahnempfehlung erhalten haben, noch weniger begründet werden.

(3.) Zu prüfen wäre, ob der *Gestaltungsspielraum der einzelnen Schule* nicht dadurch *erweitert* werden kann, daß bestimmte Regelungen, etwa die Bestimmung über die Wiederholung von schriftlichen Arbeiten, verändert wird. In Hessen gilt derzeit, daß dann, wenn mehr als 25% (bis 50%) der Klassenarbeiten mit schlechter als „ausreichend“ beurteilt wurden, diese Arbeiten zu wiederholen sind oder durch Beschluß der Fachkonferenz genehmigt werden können. Diese Vorschrift könnte evtl. in einem bestimmten Rahmen durch einen Beschluß der Schulkonferenz, die in Hessen aus Vertretern der Eltern, Schüler und Lehrkräfte besteht und u.a. über Abweichungen von der Stundentafel, Zusammenfassung von Fächern zu Lernbereichen, Verwendung von Haushaltsmitteln und Grundsätzen der Zusammenarbeit mit anderen Schulen entscheidet, geändert werden.

(4.) Weiterführende Schulen, die von verstärkten Problemen aus Anfangsklassen berichten, sollten ihre *Elternberatung intensivieren* und bei den abgebenden Schule nachfragen, welches Beratungskonzept dort angewandt wird. Außerdem sind *Kooperationsformen* durch Mithilfe von Schulaufsicht

und Unterstützungssystemen zu *stärken* und Situationsanalysen (einschließlich Erhebung von Daten) zu erstellen. Im Rahmen eines „Schulprogramms“ sollten lokale Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung eines „Sekundarstufenschocks“ (Weissbach 1985) erarbeitet und eventuell neue Kooperationen mit Nachbarschulen entwickelt werden. Beispiele zur Zusammenarbeit zwischen hessischen Grundschulen und Gymnasien werden zur Zeit für eine Broschüre zusammengestellt.

(5.) Der *Beschluß der Kultusminister vom 1.12.1995* sollte möglichst bald umgesetzt werden und „durch Vergabe von Forschungsaufträgen an unabhängige Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen die Leistungsfähigkeit der Schule an zentralen Gelenkstellen von Bildungsgängen...geprüft werden.“ (Pressemitteilung der KMK vom 1.12.1995)

Literatur

- Amtsblatt des Hessischen Kultusministeriums (ABl): Versetzungsbestimmungen für weiterführende allgemeinbildende Schulen. Erlaß vom 12.4.1966, 1966, S. 509
- Avenarius, Hermann; Jeand Heur, Bernd: Elternwille und staatliches Bestimmungsrecht bei der Wahl der Schullaufbahn. Die gesetzlichen Grundlagen und Grenzen der Ausgestaltung von Aufnahme- bzw. Übergangsverfahren für den Besuch weiterführender Schulen. Berlin: Duncker u. Humblot 1992
- Berliner Senatsverwaltung für Schule (BeSchu): telefonische Mitteilung, Februar 1996
- Biermann, Rudolf: Das Schulversagen: Versagen der Schüler oder Versagen der Schule ? In: Die Deutsche Schule 68, 1976, 7/8, S. 431-439
- Bildungskommission NRW: Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Neuwied/Kriftel/Berlin: Luchterhand 1995
- Böttcher, Wolfgang: Soziale Auslese im Bildungswesen. Ausgewählte Daten des Mikrozensus 1989. In: Die Deutsche Schule. 83, 1991, 2, S. 151-161
- Böttcher, Wolfgang; Bremerich-Vos, Albert (Hg): „Kollegiale Beratung“ in Schule, Schulaufsicht und Referendarausbildung. Frankfurt: Lang 1987
- Böttcher, Wolfgang; Klemm, Klaus (Hg): Bildung in Zahlen. Weinheim: Juventa 1995
- Bofinger, Jürgen: Neuere Entwicklungen des Schullaufbahnverhaltens in Bayern. Schulwahl und Schullaufbahnen an Gymnasien, Real- und Wirtschaftsschulen von 1974/75 bis 1986/87. München: Ehrenwirth 1990
- Brandenburgisches Kultusministerium (BBKM): telefonische Mitteilung, Februar 1996
- Ditton, Hartmut: Ungleichheit und Mobilität durch Bildung. Theorie und empirische Untersuchung über sozialräumliche Aspekte von Bildungsentscheidungen. Weinheim/München: Juventa 1992
- Ditton, Hartmut: Bildung und Ungleichheit im Gefüge von Unterricht, schulischem Kontext und Schulsystem. In: Die Deutsche Schule. 85, 1993, 3, S. 348-363
- Einsiedler, Wolfgang; Glumpler, Edith: Analysen zur Entwicklung des Sitzenbleibens. In: Die Deutsche Schule, 81, 1989, 2, S. 248-259
- Fölsch, Gustav: Beratungsgespräche mit Eltern: Probleme und Chancen. In: Die Deutsche Schule. 82, 1990, 1, S. 37-46
- Grewe, Norbert (Hg): Beratungslehrer – eine Rolle im System. Neuwied: Luchterhand 1990
- Heller, Kurt A.: Koedukation und Bildungschancen der Mädchen. In: Bildung und Erziehung. 45, 1992, 1, S. 5-30
- Hessisches Kultusministerium (HKM): Hessische Bildungspolitik in Zahlen. Daten aus dem Schulbereich 1991/1992/1993/1994/1995. Wiesbaden im jeweiligen Jahr

- Hessisches Kultusministerium (HKM): Daten des Schuljahres 1995/96 durch Referat V II B 2. Februar 1996
- Hessisches Statistisches Landesamt (HSL): Statistische Berichte. Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1994. Wiesbaden 1995
- Jendrowiak, Hans-Peter: Bildungsprofile. Eine vergleichende Länderstudie zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen. Frankfurt a.M.: Lang 1990
- Jürgens, Eiko: Lehrer empfehlen – Eltern entscheiden! Die Bewährung empfohlener und nichtempfohlener Orientierungsstufenschüler im weiterführenden Schulsystem. In: Die Deutsche Schule. 81, 1989, 3, S. 388-400
- Kernade, Ingrid: Schullaufbahn und Durchlässigkeit in der Sekundarstufe I. Empirische Untersuchung von Schülerkarrieren in der Stadt Bremen. Frankfurt a.M.: Lang 1989
- Krause, Christina: Mädchen und Jungen in der Schule der DDR. In: Die Deutsche Schule. 1. Beiheft 1990, S. 126-138
- Kultusministerkonferenz (KMK) (Hg.): Weiterentwicklung der Prinzipien der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs. Abschlußbericht der von der KMK eingesetzten Expertenkommission. Bonn 1995
- Müller, Walter: Brauchen wir eine Schulreform ? Was sagt das Beispiel Hessens ? Frankfurt/Berlin/Bonn: Diesterweg 1964
- Niedersächsisches Kultusministerium (NiKM): Orientierungsstufe in Niedersachsen. Ergebnis einer Bestandsaufnahme im Schuljahr 1984/85. Hannover 1986
- Niedersächsisches Kultusministerium (NiKM): Pressemitteilung vom 25.10.1993
- Pressemitteilung der KMK vom 1.12.1995: Richtungsentscheidungen zur Weiterentwicklung der Prinzipien der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs
- Rodax, Klaus (Hg.): Strukturwandel der Bildungsbeteiligung 1950 – 1985. Eine Bestandsaufnahme im Spiegel der amtlichen Bildungsstatistik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1989
- Roeder, Peter M.; Schmitz, Bernhard: Der vorzeitige Abgang vom Gymnasium. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1995
- Rösner, Ernst: Orientierungspraxis in den Ländern. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens. 1985, S. 424-435
- Rolff, Hans-Günter u.a. (Hg.): Jahrbuch der Schulentwicklung. Band 8. Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa 1994
- Sommer, Winfried: Bewährung des Lehrerurteils. Eine empirische Untersuchung über den Aussagewert des Lehrerurteils für den Bildungs- und Berufserfolg. Mainz: v.Hase u. Kocher 1982
- Stallmann, Martina: Soziale Herkunft und Oberschulübergang in einer Berliner Schülergeneration. Eine Logit-Analyse von Schülerbögen. In: Zeitschrift für Pädagogik. 36, 1990, 2, S. 241-258
- Ulshöfer, Robert: Die Geschichte des Gymnasium seit 1945. Dokumente und Kommentare. Heidelberg: Quelle u. Meyer 1967
- Weishaupt, Horst: Schulprobleme im Ballungsraum. In: Die Deutsche Schule. 75, 1983, 6, S. 491-503
- Weishaupt, Horst: Innerstädtische Disparitäten des Schulbesuchs. Ein Forschungsüberblick. In: Die Deutsche Schule. 88, 1996, 1, S. 56-65
- Weishaupt, Horst; Zedler, Peter: Aspekte der aktuellen Schulentwicklung in den neuen Ländern. In: Rolff u.a. 1994, S. 395-429
- Weissbach, Barbara: Ist der Sekundarstufenschock vermeidbar ? Neue Forschungsergebnisse zur Auseinandersetzung um die Förderstufe in Hessen. In: Die Deutsche Schule. 77, 1985, 4, S. 293-303

Christof Zelazny, geb. 1943, Dipl.-Soz., Dipl.-Päd., Dr. phil., Lehrer an verschiedenen Schulformen, Schulleiter, seit 1983 Referent im Hessischen Kultusministerium, zuständig für Gymnasien und gymnasiale Oberstufen
 Anschrift: Majoranweg 16, 65191 Wiesbaden